

Erste Aktion in Niedersachsen

Warnstreik im Maßregelvollzugszentrum Göttingen



Jens Schnepel, Vorsitzender GeNi, und Martin Kalt, Landesvorsitzender NBB, sprechen zu den Demonstranten

Die erste Verhandlungsrunde in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) war am 21. Januar 2019 ohne Ergebnis und ohne Angebot der Arbeitgeberseite zu Ende gegangen. Seit der vergangenen Woche führt der dbb daher erste Aktionen durch, um Bewegung in die Verhandlungen zu bringen. Mit einem Warnstreik im landeseigenen Maßregelvollzugszentrum, dem Fachkrankenhaus für forensische Psychiatrie und Psychotherapie, haben am 30. Januar 2019 in Göttingen zum ersten Mal auch

Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst in Niedersachsen ihre Forderungen in der laufenden Einkommensrunde untermauert.

Mehr Wertschätzung und attraktivere Arbeitsbedingungen

„Wir helfen gerne mit, unser Land besser zu machen: Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, Polizistinnen und Polizisten, Lehrerinnen und Lehrer und unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Verwaltungsbereich haben ihren Beruf auch aus diesem Grund ergriffen. Doch mittlerweile habe ich den Eindruck, der öffentliche Arbeitgeber nutzt das aus. Wertschätzung sieht anders aus“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft für das Gesundheitswesen GeNi, Jens Schnepel, mit Blick auf die Entgeltentwicklung der letzten Jahre.

Die Situation im Maßregelvollzugszentrum Niedersachsen (MRVZN) sei mehr als angespannt, so Schnepel weiter: „In einigen Bereichen geraten die Beschäftigten an die Grenze der psychischen Belastbarkeit. Teilweise sind die Arbeitsbedingungen katastrophal. Erfahrene Kolleginnen und Kollegen kommen aus finanziellen Gründen gar nicht mehr zu uns. Auch eine Leitungsfunktion ist unter den derzeitigen Bedingungen für die Kolleginnen und Kollegen finanziell uninteressant.“ Ungelöst sei auch das Problem der Überalterung: „Das Alter der Beschäftigten des MRVZN liegt im Schnitt zwischen 46 und



30. Januar 2019, Göttingen



30. Januar 2019, Göttingen

56 Jahren, im ärztlichen Bereich sogar zwischen 52 und 60 Jahren. Ohne attraktivere Arbeits- und Bezahlbedingungen werden wir im Wettbewerb um junge Beschäftigte für unsere Fachkrankenhäuser keine Chance haben.“

Rückstand aufholen

Mit Blick auf die Situation in anderen Teilen des öffentlichen Dienstes sagte Martin Kalt, der Landesvorsitzende des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion: „Gerade hier in Niedersachsen sind wir von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt, werden wir von der Politik in allen Belangen kurzgehalten. Das darf so nicht weitergehen. Wir brauchen Fachkräfte. Wir brauchen junge Menschen. Und dafür brauchen wir attraktive Arbeitsbedingungen.“ Es sei eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, wie wenig Dankbarkeit die Politik zeige, so der NBB Chef. „Wer unsere aktuelle Forderung für zu überzogen hält, will seine Sparpolitik auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen austragen. Wieder einmal sollen es die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sein, die die Zeche bezahlen.“


Informationen rund um die Einkommensrunde 2019 finden Sie immer aktuell unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Beschäftigt als*:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.
 Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.
 Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 40, Telefax: 030. 40 81 - 49 99, E-Mail: post@dbb.de. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: datenschutz@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dbb.de/datenschutz.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 4081-5400, Fax: 030. 4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de